

# Bundesgesetzblatt <sup>1949</sup>

Teil II

Z 1998 A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 11. November 1993

Nr. 39

Tag	Inhalt	Seite
29. 9. 93	Bekanntmachung der Vereinbarung zur Außerkraftsetzung des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens .....	1950
1. 10. 93	Bekanntmachung des deutsch-marokkanischen Abkommens über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße .....	1951
6. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation .....	1960
7. 10. 93	Bekanntmachung des deutsch-simbabwischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit .....	1960
7. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht .....	1962
11. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR .....	1962
11. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation .....	1963
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt .....	1963
13. 10. 93	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur 3. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt .....	1964

**Bekanntmachung  
der Vereinbarung zur Außerkraftsetzung  
des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens  
Vom 29. September 1993**

In Rabat ist durch Notenwechsel vom 4. Oktober 1991/6. Februar 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko eine Vereinbarung zur Änderung des Handelsabkommens vom 15. April 1961 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 20. Januar 1964 (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 16/64 vom 25. März 1964, BAnz. Nr. 74 vom 18. April 1964) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 6. Februar 1992

in Kraft getreten. Die einleitende deutsche Note der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. September 1993

Bundesministerium für Wirtschaft  
Im Auftrag  
Dr. Schomerus

Rabat, den 4. Oktober 1991

Der Botschafter  
der Bundesrepublik Deutschland

Herr Staatsminister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über das Außerkrafttreten des deutsch-marokkanischen Handelsabkommens vorzuschlagen:

Das Handelsabkommen vom 15. April 1961 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 20. Januar 1964 tritt mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung außer Kraft.

Falls sich die Regierung des Königreichs Marokko mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatsminister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Hofmann

Seiner Exzellenz  
Herr Abdellatif Filali  
Staatsminister für Auswärtige  
Angelegenheiten und Zusammenarbeit  
des Königreichs Marokko  
Rabat

**Bekanntmachung  
des deutsch-marokkanischen Abkommens  
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße**

**Vom 1. Oktober 1993**

Das in Bonn am 25. Juni 1985 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Marokko über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße ist nach seinem Artikel 25

am 26. September 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 1. Oktober 1993

Der Bundesminister für Verkehr  
in Vertretung  
Dr. Knittel

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung des Königreichs Marokko  
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße**

**Accord  
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
et le Gouvernement du Royaume du Maroc  
concernant les transports routiers internationaux de voyageurs et de marchandises**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung des Königreichs Marokko –

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
et  
le Gouvernement du Royaume du Maroc,

in dem Wunsch, den Personen- und Güterverkehr auf der Straße zwischen beiden Staaten und den Transit durch ihr Hoheitsgebiet zu fördern –

Désireux de favoriser les transports routiers de voyageurs et de marchandises entre les deux Etats ainsi que le transit à travers leur territoire,

sind wie folgt übereingekommen:

Sont convenus de ce qui suit:

**Artikel 1**

**Article 1<sup>er</sup>**

Die in der Bundesrepublik Deutschland oder im Königreich Marokko ansässigen Verkehrsunternehmen sind berechtigt, nach Maßgabe dieses Abkommens mit Fahrzeugen, die in einem der beiden Staaten zugelassen sind, Personen und Güter zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien oder im Transit durch das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei zu befördern.

Les entreprises de transport établies dans la République fédérale d'Allemagne ou dans le Royaume du Maroc sont autorisées à effectuer des transports de voyageurs et de marchandises au moyen de véhicules immatriculés dans l'un ou l'autre des deux Etats, soit entre les territoires des deux Parties contractantes, soit en transit sur le territoire de l'une ou l'autre des Parties contractantes, dans les conditions définies par le présent Accord.

**I. Personenverkehr**

**I. Transports de voyageurs**

**Artikel 2**

**Article 2**

Alle geschäftsmäßigen oder entgeltlichen Beförderungen zwischen den beiden Staaten oder im Transit durch ihr Hoheitsgebiet

Tous les transports effectués à titre commercial ou onéreux entre les deux Etats, ou en transit par leurs territoires sont soumis

bedürfen der vorherigen Genehmigung mit Ausnahme der in Artikel 3 genannten Beförderungen.

### Artikel 3

(1) Keiner vorherigen Genehmigung, sondern nur eines Fahrtenblattes bedürfen

- Gelegenheitsverkehrsdienste, die bei geschlossener Tür durchgeführt werden, d. h. Fahrten, bei denen das Fahrzeug auf der gesamten Fahrstrecke dieselbe Reisegruppe befördert und sie an den Ausgangsort zurückbringt, ohne unterwegs Fahrgäste aufgenommen oder abgesetzt zu haben,
- Gelegenheitsverkehrsdienste, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist.

(2) Das Muster des in Absatz 1 genannten Fahrtenblatts wird von den zuständigen Behörden beider Staaten einvernehmlich festgelegt.

### Artikel 4

(1) Die Beförderungen von Personen im Linienverkehr, d. h. die Verkehrsdienste, die nach einem bestimmten Fahrplan auf einer bestimmten Fahrstrecke durchgeführt werden, werden von den zuständigen Behörden beider Vertragsparteien genehmigt.

(2) Zu diesem Zweck tauschen die genannten Behörden die ihnen von den Unternehmen hinsichtlich der Organisation dieser Beförderungen vorgelegten Anträge aus; die Einzelheiten dieser Anträge werden in dem Protokoll nach Artikel 23 festgelegt.

(3) Nach Genehmigung der in Absatz 2 genannten Anträge durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien übermittelt jede Vertragspartei der anderen die für die Teilstrecke in ihrem Hoheitsgebiet gültige Genehmigung.

(4) Die zuständigen Behörden erteilen die Genehmigungen grundsätzlich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

### Artikel 5

Anträge auf Genehmigung von Beförderungen im Personenverkehr, die den in den Artikeln 3 und 4 genannten Bedingungen nicht entsprechen, müssen den zuständigen Behörden des Zulassungsstaats von dem Verkehrsunternehmer vorgelegt werden.

## II. Güterverkehr

### Artikel 6

Alle Beförderungen im Güterverkehr zwischen beiden Staaten oder im Transit durch ihr Hoheitsgebiet mit Fahrzeugen, die in einem der beiden Staaten zugelassen sind, bedürfen der vorherigen Genehmigung.

### Artikel 7

(1) Es gibt zwei Arten von Genehmigungen:

- a) Fahrgenehmigungen mit einer Geltungsdauer von höchstens zwei Monaten für eine Hin- und Rückfahrt,
- b) Zeitgenehmigungen mit einer Geltungsdauer von mehr als zwei Monaten und höchstens einem Kalenderjahr für eine nicht festgelegte Anzahl von Hin- und Rückfahrten.

(2) Die Genehmigung berechtigt den Verkehrsunternehmer, unter Einhaltung der Vorschriften des im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Verkehrsrechts auf der Rückfahrt Waren aufzunehmen.

(3) Jede Genehmigung wird dem Verkehrsunternehmer für ein bestimmtes Fahrzeug erteilt.

(4) Die Genehmigung kann weder auf einen anderen Verkehrsunternehmer noch auf ein anderes Fahrzeug übertragen werden.

au régime de l'autorisation préalable, à l'exception de ceux prévus à l'article 3 du présent Accord.

### Article 3

1. Ne sont pas soumis au régime de l'autorisation préalable, mais à une feuille de route:

- les transports occasionnels effectués à porte fermée, c'est-à-dire ceux dans lesquels le véhicule transporte sur tout le trajet le même groupe de voyageurs et revient à son lieu de départ sans charger ni déposer de voyageurs en cours de route,
- les transports occasionnels comportant le voyage aller en charge et le retour à vide.

2. Le modèle de la feuille de route visée au premier alinéa ci-dessus est établi d'un commun accord par les autorités compétentes des deux Etats.

### Article 4

1. Les transports réguliers de voyageurs, c'est-à-dire les services qui assurent le transport de personnes effectués selon une fréquence et un parcours déterminés, sont autorisés par les autorités compétentes des deux Parties contractantes.

2. A cet effet, lesdites autorités se communiquent les demandes qui leur sont adressées par les entreprises concernant l'organisation de ces transports; ces demandes sont définies dans le protocole prévu par l'article 23 du présent Accord.

3. Après approbation par les autorités compétentes des Parties contractantes, des demandes visées au paragraphe 2 du présent article, chacune d'elles transmet à l'autre Partie contractante une autorisation valable pour le trajet sur le territoire de son pays.

4. Les autorités compétentes délivrent les autorisations en principe sur la base de la réciprocité.

### Article 5

Les demandes d'autorisations pour les transports de voyageurs qui ne répondent pas aux conditions mentionnées aux articles 3 et 4 du présent Accord, doivent être soumises par le transporteur aux autorités compétentes de l'Etat d'immatriculation.

## II. Transports de marchandises

### Article 6

Tous les transports de marchandises entre les deux Etats ou en transit par leur territoire au moyen de véhicules immatriculés dans l'un ou l'autre des deux Etats sont soumis au régime de l'autorisation préalable.

### Article 7

1. Les autorisations sont de deux types:

- a) autorisations au voyage, valables pour un voyage aller et retour et dont la durée de validité ne peut dépasser deux mois,
- b) autorisations à temps, valables pour un nombre indéterminé de voyages aller et retour, et dont la durée de validité est supérieure à deux mois et d'une année civile au maximum.

2. L'autorisation confère au transport le droit de prendre en charge, au retour, des marchandises dans le cadre du respect de la législation des transports en vigueur sur le territoire de chaque Partie contractante.

3. Chaque autorisation délivrée à un transporteur est accordée pour un véhicule bien déterminé.

4. L'autorisation ne peut être transférée ni à transporteur ni à un véhicule autre que celui ou ceux pour lesquels elle a été accordée.

## Artikel 8

Die zuständigen Behörden des Zulassungsstaats der Fahrzeuge geben die Genehmigungen für die andere Vertragspartei im Rahmen der Kontingente aus, die im gegenseitigen Einvernehmen von der in Artikel 22 genannten Gemeinsamen Kommission jährlich festgelegt werden.

## Artikel 9

Die zuständigen Behörden geben Genehmigungen ohne Anrechnung auf das Kontingent aus für

- a) die Überführung von Leichen mit Fahrzeugen, die hierfür eingerichtet sind,
- b) die Beförderung von Umzugsgut mit Fahrzeugen, die besonders hierfür eingerichtet sind,
- c) die Beförderung von Geräten, Zubehör und Tieren zu oder von Theater-, Musik-, Film-, Sport- und Zirkusveranstaltungen, Schausstellungen oder Jahrmärkten sowie zu oder von Rundfunk-, Film- oder Fernsehaufnahmen,
- d) die Beförderung beschädigter Fahrzeuge,
- e) Reparatur- und Abschleppfahrzeuge.

Die obenstehende Aufzählung kann von beiden Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

## III. Allgemeine Bestimmungen

## Artikel 10

(1) Die Genehmigungen werden in den Sprachen beider Vertragsparteien und in französischer Sprache nach den von den zuständigen Behörden beider Länder im gegenseitigen Einvernehmen festgelegten Mustern gedruckt.

(2) Diese Behörden tauschen die für die Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Genehmigungsvordrucke aus.

## Artikel 11

Die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ansässigen Verkehrsunternehmen dürfen keine Beförderungen zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei liegenden Orten durchführen.

## Artikel 12

Die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ansässigen Verkehrsunternehmen dürfen keine Beförderungen zwischen dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einem dritten Staat durchführen, es sei denn, die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei haben dafür eine Genehmigung ausgegeben.

## Artikel 13

Wenn Gewicht oder Abmessungen des Fahrzeugs oder der Ladung die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zulässigen Grenzwerte überschreiten, muß für das Fahrzeug eine von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei ausgegebene Ausnahmegenehmigung vorliegen.

In dieser Genehmigung können die Bedingungen für die Durchführung der Beförderung mit dem betreffenden Fahrzeug angegeben sein.

## Artikel 14

(1) Die zuständigen Behörden können den Verkehrsunternehmen, die sowohl ihrer Zuständigkeit als auch der Zuständigkeit der anderen Vertragspartei unterliegen, vorschreiben, bei jeder von ihnen durchgeführten Fahrt einen Bericht zu erstellen.

## Article 8

Les autorités compétentes de l'Etat d'immatriculation des véhicules délivrent les autorisations pour le compte de l'autre Partie contractante, dans le cadre des contingents fixés annuellement d'un commun accord par la Commission mixte prévue à l'article 22 du présent Accord.

## Article 9

Les autorités compétentes accordent des autorisations hors contingents pour les:

- a) transports funéraires au moyen de véhicules aménagés à cet effet,
- b) transports de déménagement au moyen de véhicules spécialement aménagés à cet effet,
- c) transports de matériel, d'accessoires et d'animaux à destination ou en provenance de manifestations théâtrales, musicales, cinématographiques, sportives, de cirques, de foires ou de kermesses ainsi que ceux destinés aux enregistrements radiophoniques, aux prises de vues cinématographiques ou à la télévision,
- d) transports de véhicules endommagés,
- e) véhicules de dépannage et de remorquage.

Toute modification à l'énumération ci-dessus peut être faite par accord entre les deux Parties contractantes.

## III. Dispositions générales

## Article 10

1. Les autorisations sont imprimées dans les langues des deux Parties contractantes et dans la langue française selon des modèles arrêtés d'un commun accord par les autorités compétentes des deux pays.

2. Ces autorités se transmettent les autorisations en blanc nécessaires à l'application du présent Accord.

## Article 11

Les entreprises de transport établies sur le territoire d'une Partie contractante, ne peuvent effectuer de transport entre deux lieux situés sur le territoire de l'autre Partie contractante.

## Article 12

Les entreprises de transport établies sur le territoire d'une Partie contractante, ne peuvent effectuer de transport entre le territoire de l'autre Partie contractante et un Etat tiers sauf autorisation délivrée par les autorités compétentes de cette dernière Partie contractante.

## Article 13

Si le poids ou les dimensions du véhicule ou du chargement dépassent les limites admises sur le territoire de l'autre Partie contractante, le véhicule doit être muni d'une autorisation exceptionnelle délivrée par l'autorité compétente de cette dernière.

Cette autorisation peut préciser les conditions d'exécution du transport effectué par le véhicule en question.

## Article 14

1. Les autorités compétentes peuvent imposer aux transporteurs relevant aussi bien de leur autorité que de l'autorité de l'autre Partie contractante, l'obligation d'établir un compte-rendu à l'occasion de chaque voyage effectué.

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Genehmigungen, Fahrtenblätter und Berichte müssen in den Fahrzeugen mitgeführt und den Kontrollbeamten auf Verlangen vorgezeigt werden.

(3) Die Genehmigungen, Fahrtenblätter und Berichte müssen bei der Einreise in das und der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem sie gelten, mit dem Zollstempel versehen werden.

#### Artikel 15

Verkehrsunternehmen, die in diesem Abkommen vorgesehene Beförderungen durchführen, entrichten für die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeführten Beförderungen die in diesem Hoheitsgebiet erhobenen Steuern und sonstigen Abgaben.

#### Artikel 16

Das Fahrpersonal kann in Übereinstimmung mit den im Hoheitsgebiet jeder der beiden Vertragsparteien geltenden zollrechtlichen Bestimmungen für die Dauer seines Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Gegenstände für seinen persönlichen Bedarf und die für sein Fahrzeug erforderlichen Werkzeuge zollfrei und ohne Einfuhrgenehmigung vorübergehend einführen.

#### Artikel 17

Ersatzteile, die für die Instandsetzung eines Fahrzeugs bestimmt sind, mit dem eine in diesem Abkommen genannte Beförderung durchgeführt wird, werden entsprechend den Vorschriften über die vorübergehende Einfuhr abgefertigt und sind von Einfuhrabgaben und -beschränkungen befreit. Die nicht verwendeten oder die ersetzten Teile sind entweder wieder auszuführen oder unter Aufsicht der Zollbehörde zu vernichten.

#### Artikel 18

Die Verkehrsunternehmen und ihr Personal sind verpflichtet, die Bestimmungen dieses Abkommens sowie die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Beförderungen und den Straßenverkehr einzuhalten.

#### Artikel 19

Für alle Fragen, die durch dieses Abkommen nicht geregelt sind, gilt das innerstaatliche Recht jeder Vertragspartei.

#### Artikel 20

Bei Zuwiderhandlungen eines Verkehrsunternehmers gegen die Bestimmungen dieses Abkommens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei treffen die zuständigen Behörden des Staats, in dem das Fahrzeug zugelassen ist, auf Ersuchen der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Verwarnung,
- b) zeitweiser oder dauernder Entzug der Erlaubnis, im Hoheitsgebiet des Staats, in dem die Zuwiderhandlung begangen wurde, Beförderungen durchzuführen, und zwar teilweise oder gänzlich.

Die Behörden, die eine dieser Maßnahmen treffen, sind gehalten, die beantragenden Behörden davon zu unterrichten.

#### Artikel 21

Die Vertragsparteien benennen die zuständigen Dienststellen, die die in diesem Abkommen genannten Maßnahmen treffen und alle erforderlichen statistischen oder anderen Angaben austauschen.

2. Les autorisations, les feuilles de route et les comptes-rendus prévus au présent Accord, doivent se trouver à bord des véhicules et être présentés à toute réquisition des agents de contrôle.

3. Les autorisations, les feuilles de route et les comptes-rendus seront revêtus du cachet de la douane à l'entrée et à la sortie du territoire de la Partie contractante où ils sont valables.

#### Article 15

Les entreprises de transport effectuant des transports prévus par le présent Accord acquittent, pour les transports effectués sur le territoire de l'autre Partie contractante, les impôts et taxes en vigueur sur ce territoire.

#### Article 16

Les membres de l'équipage du véhicule peuvent importer temporairement en franchise et sans autorisation d'importation leurs effets personnels et l'outillage nécessaire à leur véhicule, conformément à la législation douanière en vigueur sur le territoire de chacune des deux Parties contractantes, pour la durée de leur séjour sur le territoire de l'autre Partie contractante.

#### Article 17

Les pièces détachées destinées à la réparation d'un véhicule effectuant un transport visé par le présent Accord sont placées sous le régime de l'importation temporaire, et exonérées de droits et taxes à l'importation et de restrictions d'importation. Les pièces non utilisées ou remplacées seront soit réexportées, soit détruites sous contrôle douanier.

#### Article 18

Les entreprises de transport et leur personnel sont tenus de respecter les dispositions du présent Accord ainsi que les dispositions législatives et réglementaires concernant les transports et la circulation routière en vigueur sur le territoire de chaque Partie contractante.

#### Article 19

La législation interne de chaque Partie contractante s'applique à toutes les questions qui ne sont pas réglées par le présent Accord.

#### Article 20

En cas de violation, par un transporteur, des dispositions du présent Accord, commise sur le territoire de l'autre Partie contractante, les autorités compétentes de l'Etat où le véhicule est immatriculé sont tenues, à la demande des autorités compétentes de l'autre Partie contractante, de lui appliquer l'une des mesures suivantes:

- a) avertissement,
- b) retrait à titre temporaire ou définitif, partiel ou total du droit d'effectuer des transports sur le territoire de l'Etat où la violation a été commise.

Les autorités qui prennent l'une de ces mesures sont tenues d'en informer celles qui l'ont demandée.

#### Article 21

Les Parties contractantes désignent les services compétents pour prendre les mesures définies par le présent Accord et pour échanger tous les renseignements nécessaires, statistiques ou autres.

**Artikel 22**

(1) Die beiden Vertragsparteien setzen eine Gemeinsame Kommission ein, um die ordnungsgemäße Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens zu ermöglichen.

(2) Diese Kommission tritt auf Ersuchen einer der Vertragsparteien abwechselnd im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien zusammen.

**Artikel 23**

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Abkommen sind in einem Protokoll festgelegt, das Bestandteil des Abkommens ist. Die in Artikel 22 vorgesehene Gemeinsame Kommission ist für etwaige Änderungen dieses Protokolls zuständig.

**Artikel 24**

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Marokko innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Artikel 25**

(1) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung des Abkommens erfüllt sind.

(2) Die Geltungsdauer des Abkommens beträgt ein Jahr, vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gerechnet. Es wird stillschweigend um jeweils ein Jahr verlängert, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf seiner Geltungsdauer schriftlich gegenüber der anderen Vertragspartei gekündigt wird.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens beeinträchtigen nicht die Rechte und Pflichten, die sich aus den von jeder der Vertragsparteien bereits geschlossenen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften im Bereich des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs auf der Straße ergeben.

Geschehen zu Bonn, am 25. Juni 1985 in zwei Urschriften in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

**Article 22**

1. Pour permettre la bonne exécution des dispositions du présent Accord, les deux Parties contractantes instituent une commission mixte.

2. Ladite commission se réunit à la demande de l'une des Parties contractantes, alternativement sur le territoire de chacune d'elles.

**Article 23**

Les dispositions d'exécution relatives au présent Accord sont fixées dans un protocole faisant partie intégrante de l'Accord. La Commission mixte prévue à l'article 22 du présent Accord est compétente pour modifier en tant que de besoin ledit protocole.

**Article 24**

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Maroc dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

**Article 25**

1. Le présent Accord entrera en vigueur le trentième jour après que les deux Parties contractantes se seront notifiées par écrit que les conditions nécessaires sur le plan national pour la mise en vigueur de cet Accord ont été remplies.

2. L'Accord sera valable pour une durée d'un an à partir de la date de son entrée en vigueur. Il sera prorogé tacitement d'année en année, sauf dénonciation écrite adressée par une Partie contractante à l'autre Partie contractante six mois avant l'expiration de sa validité.

3. Les dispositions du présent Accord ne portent pas atteinte aux droits et obligations qui résultent des Accords bilatéraux ou multilatéraux déjà conclus par chacune des Parties contractantes dans le domaine des transports routiers internationaux de voyageurs et de marchandises.

Fait à Bonn, le 25 Juin 1985 en deux exemplaires en langues allemande, arabe et française, chacun de ces textes faisant foi. En cas de divergence dans l'interprétation du texte allemand et du texte arabe, le texte français prévaudra.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
 Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
 Andreas Meyer-Landrut  
 Werner Dollinger

Für die Regierung des Königreichs Marokko  
 Pour le Gouvernement du Royaume du Maroc  
 Mohamed Bouamoud

**Protokoll  
nach Artikel 23 des Abkommens  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung des Königreichs Marokko  
über den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr auf der Straße**

**Protocole  
établi en vertu de l'article 23 de l'Accord  
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne  
et le Gouvernement du Royaume du Maroc  
concernant les transports routiers internationaux de voyageurs et de marchandises**

Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland und die Delegation des Königreichs Marokko sind hinsichtlich der Anwendung dieses Abkommens wie folgt übereingekommen:

Pour l'application dudit Accord, la Délégation de la République fédérale d'Allemagne et la Délégation du Royaume du Maroc sont convenues de ce qui suit:

**I. Personenverkehr**

1. Das Kontrolldokument nach Artikel 3 muß folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Verkehrsunternehmers,
- amtliche Kennzeichen des oder der benutzten Fahrzeuge und Zahl der Sitzplätze,
- Name(n) des Fahrzeugführers (der Fahrzeugführer),
- Art des Verkehrsdienstes,
- Programm der Fahrt,
- Liste der Fahrgäste,
- Tag der Ausfertigung des Fahrtenblatts und Unterschrift des Verkehrsunternehmers,
- unvorhergesehene Änderungen,
- gegebenenfalls Sichtvermerke.

Der Vordruck für dieses Dokument entspricht dem in der Anlage zu diesem Protokoll enthaltenen Muster.

Bei Gelegenheitsverkehrsdiensten, bei denen zur Hinfahrt Fahrgäste aufgenommen werden und bei denen die Rückfahrt eine Leerfahrt ist, ist es in Ausnahmefällen zulässig, unterwegs Fahrgäste abzusetzen.

2. Die Genehmigungsanträge nach Artikel 4 Absatz 2 müssen folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Verkehrsunternehmers,
- amtliches Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze,
- Entwürfe des Fahrplans, der Tarife und der Beförderungsbedingungen,
- Betriebszeitraum und Fahrtenhäufigkeit,
- Streckenskizze einschließlich der Grenzübergangsstellen.

Die obenstehende Aufzählung kann von beiden Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

3. Die Genehmigungsanträge nach Artikel 5 müssen den zuständigen Behörden des Zulassungslands mindestens einundzwanzig Tage vor dem geplanten Reiseternin zugeleitet werden.

Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei stellen den Behörden der anderen Vertragspartei die erforderlichen Genehmigungsvordrucke in dem vereinbarten Umfang zur Verfügung.

**I. Transports de voyageurs**

1. Le document de contrôle visé à l'article 3 doit comporter les renseignements suivants:

- nom et adresse du transporteur,
- numéro de la plaque d'immatriculation du ou des véhicules utilisés ainsi que le nombre de places assises,
- nom du ou des conducteurs,
- nature du service,
- programme du voyage,
- liste des voyageurs,
- date de l'établissement de la feuille de route et signature du transporteur,
- modifications imprévues,
- visas éventuels de contrôle.

Le modèle de ce document correspond à celui joint en annexe à ce protocole.

Dans le cas de services occasionnels comportant le voyage aller en charge et un voyage de retour à vide, il est admissible dans des cas exceptionnels de déposer de voyageurs en cours de route.

2. Les demandes d'autorisations visées à l'article 4, paragraphe 2 doivent comporter les renseignements suivants:

- dénomination du transporteur,
- numéro d'immatriculation et nombre de places assises,
- projets de l'horaire, des tarifs et des conditions de transport,
- période d'exploitation et fréquence,
- schéma de l'itinéraire y inclus le lieux de passage de frontières.

Toute modification à l'énumération ci-dessus peut être faite par accord entre les deux Parties contractantes.

3. Les demandes d'autorisations visées à l'article 5 doivent être adressées aux autorités du pays d'immatriculation, vingt et un jours au moins avant la date prévue pour l'exécution du voyage.

Les autorités compétentes de chaque Partie contractante mettront à la disposition des autorités de l'autre Partie contractante les autorisations en blanc nécessaires en nombre mutuellement convenu.



Die zuständigen Behörden jeder Vertragspartei übersenden den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei Kopien der von ihnen ausgegebenen Genehmigungen.

Diese Genehmigungsanträge müssen folgende Angaben enthalten:

- Name und Anschrift des Reiseveranstalters,
- Name und Anschrift des Verkehrsunternehmers,
- amtliche Kennzeichen und Zahl der Sitzplätze des oder der benutzten Fahrzeuge,
- Daten der Ein- und Ausreise, Grenzübergangsstellen, Angabe der Fahrstrecken für Fahrten mit Fahrgästen und für Leerfahrten,
- Anzahl der Fahrzeugführer.

## II. Güterverkehr

1. Bei der Anwendung des Artikels 7 Absatz 2 darf hinsichtlich der Aufnahme von Rückfracht zwischen eigenen Verkehrsunternehmern und Verkehrsunternehmern der anderen Vertragspartei keine Diskriminierung erfolgen.

2. In der Genehmigung müssen das amtliche Kennzeichen des Zugfahrzeugs und das Kennzeichen des Anhängers oder Sattelanhängers angegeben sein.

Es ist zulässig, in der Genehmigung mehrere amtliche Kennzeichen von Anhängern einzutragen. Eines der eingetragenen Kennzeichen muß dem eingesetzten Anhänger erteilt sein.

3. Die Einschränkung des Geltungsbereichs von Genehmigungen nach Artikel 9 ist in der Genehmigung einzutragen.

4. Den Fahrtgenehmigungen und den Zeitgenehmigungen nach Artikel 7 kann außerdem ein Bericht nach Artikel 14 beigelegt sein, der zusammen mit der Genehmigung an die Behörde zurückzusenden ist, die die Genehmigung ausgegeben hat.

Dieser Bericht enthält folgende Angaben:

- amtliches Kennzeichen des bei der Beförderung benutzten Fahrzeugs,
- Nutzlast und zulässiges Gesamtgewicht des Fahrzeugs,
- Verlade- und Abladestelle der Güter,
- Art und Gewicht der beförderten Güter,
- Sichtvermerk der Zollbehörde für Ein- und Ausfahrt des Fahrzeugs.

### 5. Kontingent

Für das erste Jahr der Anwendung des Abkommens wird die jährliche Anzahl der Hin- und Rückfahrten, die die Verkehrsunternehmer des einen Staats im Hoheitsgebiet des anderen Staats durchführen dürfen, auf 600 festgesetzt.

Für jede Zeitgenehmigung mit einer Geltungsdauer von einem Jahr werden pauschal 15 Fahrten gerechnet.

## III. Allgemeine Bestimmungen

1. Die Genehmigungen und Fahrtenblätter entsprechen den Mustern, die im gegenseitigen Einvernehmen von beiden Delegationen angenommen wurden.

2. Auf den Genehmigungen sind links oben die Buchstaben MA bzw. D angegeben, je nachdem, ob sie für das Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko oder das der Bundesrepublik Deutschland gelten.

3. Die Genehmigungen sind numeriert und tragen den Stempel der ausstellenden Behörde. Sie sind dieser Behörde von den Unternehmen innerhalb der in den Genehmigungen angegebenen Frist zurückzusenden.

Les autorités compétentes de chaque Partie contractante adresseront aux autorités compétentes de l'autre Partie contractante copie des autorisations qu'elles délivreront.

Ces demandes d'autorisations doivent comporter les renseignements suivants:

- nom et adresse de l'organisateur du voyage,
- nom et adresse du transporteur,
- numéro d'immatriculation et nombre de places assises du ou des véhicules utilisés,
- dates et lieux de passage de la frontière à l'entrée et à la sortie du territoire en précisant les parcours effectués en charge et à vide,
- nombre de conducteurs.

## II. Transports de marchandises

1. Pour l'application des dispositions de l'article 7, paragraphe 2, aucune discrimination ne doit être opérée entre transporteurs nationaux et transporteurs de l'autre Partie pour le chargement d'un frêt de retour.

2. L'autorisation doit comporter le numéro d'immatriculation du tracteur et celui de la remorque ou de la semi-remorque.

Il est permis d'inscrire sur l'autorisation plusieurs numéros d'immatriculation de remorques. La remorque utilisée doit porter un des numéros d'immatriculation mentionnés.

3. La restriction portant sur l'utilisation d'autorisations accordées conformément à l'article 9 doit figurer sur l'autorisation.

4. En outre, les autorisations au voyage et les autorisations à temps visées à l'article 7 peuvent être accompagnées d'un compte-rendu prévu à l'article 14, qui doit être renvoyé avec l'autorisation à l'autorité qui l'a délivrée.

Ce compte-rendu comporte les indications suivantes:

- le numéro d'immatriculation du véhicule qui effectue le transport,
- la charge utile et le poids total en charge autorisé du véhicule,
- le lieu de chargement et le lieu de déchargement des marchandises,
- la nature et le poids des marchandises transportées,
- le visa de douane à l'entrée et à la sortie du véhicule.

### 5. Contingent

Pour la première année d'application de l'Accord, le nombre annuel de voyages aller et retour que les transporteurs de l'un des Etats sont admis à exécuter sur le territoire de l'autre Etat est fixé à 600 voyages.

Chaque autorisation à temps pur une durée d'une année sera comptée forfaitairement pour 15 voyages.

## III. Dispositions générales

1. Les autorisations et les feuilles de route sont conformes aux modèles adoptés d'un commun accord par les deux délégations.

2. Les autorisations portent dans la partie supérieure gauche les lettres „MA“ pour celles valables sur le territoire du Royaume du Maroc, ou la lettre „D“ pour celles valables sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

3. Les autorisations sont numérotées et portent le timbre de l'autorité que les délivre. Elles sont renvoyées par les entreprises à cette dernière dans les délais indiqués sur ces mêmes autorisations.

**4. Zuständige Behörden sind**

- im Königreich Marokko  
der Minister für Verkehr in Rabat oder eine von ihm benannte zuständige Behörde;
- in der Bundesrepublik Deutschland  
der Bundesminister für Verkehr in Bonn oder eine von ihm benannte zuständige Behörde.

**5. Anträge auf Ausnahmegenehmigungen nach Artikel 13 müssen eingereicht werden****von den deutschen Verkehrsunternehmern**

- bei der Direction des Transports Terrestres – Ministère des Transports, B.P. 717, Rabat-Agdal;

**von den marokkanischen Verkehrsunternehmern**

- bei der Straßenverkehrsbehörde des Bezirks, in dem die Grenzübergangsstelle liegt.

**6. Die zuständigen Behörden tauschen innerhalb einer Frist von höchstens sechs Monaten nach Ablauf eines jeden Kalenderjahrs die im Zusammenhang mit dem Abkommen stehenden Verkehrsstatistiken aus.****Für die Verwaltung des Güterverkehrskontingents wird eine Liste erstellt, die folgende Angaben umfaßt**

- die jeweilige Nummer der ersten und der letzten ausgegebenen Fahrtgenehmigung und die Anzahl der genehmigten Fahrten,
- die jeweilige Nummer der ersten und der letzten Zeitgenehmigung,
- die Anzahl der durchgeführten Fahrten.

**4. Les autorités compétentes sont:**

- pour le Royaume du Maroc:  
le Ministre des Transports à Rabat ou une autorité compétente désignée par lui;
- pour la République fédérale d'Allemagne:  
le Ministre fédéral des Transports à Bonn ou une autorité compétente désignée par lui.

**5. Les demandes d'autorisations exceptionnelles prévues par l'article 13 doivent être présentées:****en ce qui concerne les transporteurs allemands à:**

- la Direction des Transports Terrestres – Ministère des Transports, B.P. 717, Rabat-Agdal;

**en ce qui concerne les transporteurs marocains à:**

- l'autorité chargée du trafic routier (Straßenverkehrsbehörde) de l'arrondissement du lieu de passage de frontière.

**6. Les autorités compétentes se communiquent dans un délai n'excédant pas six mois après l'expiration de chaque année civile les statistiques des transports concernés par l'Accord.****Pour la gestion du contingent de transport de marchandises, un relevé sera établi et comprendra:**

- les numéros de la première et de la dernière des autorisations au voyage délivrées et le nombre de voyages autorisés,
- les numéros de la première et de la dernière des autorisations à temps,
- le nombre de voyages effectués.

Fahrtenblatt  
Feuille de Route

(Staat, der das Dokument ausgibt)  
(Etat qui délivre le document)

Heft Nr. ....  
Carnet n° .....

Fahrtenblatt Nr. ....  
Feuille de route n° .....

Daten	Tagesfahrstrecke Etapes journalières		Verwendung des Fahrzeugs Utilisation du véhicule		km je Tag km par jour	Grenz- übergangsstellen
	von de	bis à	besetzt en charge	leer à vide		
					Gesamtzahl der km nombre total de km	postes frontière

1. Fahrzeug/Véhicule

Amtliches Kennzeichen des Fahrzeugs  
N° de la plaque d'immatriculation

Anzahl der vorhandenen Sitzplätze (einschließlich des Fahrersitzes)  
Nombre de places assises offertes (y inclus le siège du conducteur)

2. Verkehrsunternehmer/Transporteur

Name und Vorname oder Bezeichnung der Firma und Anschrift  
Nom et prénom ou raison sociale et adresse

3. Name des Fahrers oder der Fahrer/Nom du ou des conducteur(s)

1. .... 2. ....

4. Art des Verkehrsdienstes/Nature du Service

A Rundfahrt mit geschlossenen Türen  
Circuit à portes fermées

B Besetzte Hinfahrt mit anschließender Leerrückfahrt  
Voyage aller en charge, voyage retour à vide

5. Programm der Fahrt/Programme du voyage

Im Falle von 4 B: Die Fahrgäste werden abgesetzt in  
Pour le service 4 B: Les voyageurs sont déposés à

(Ort und Land/lieu et pays)

6. Liste der Fahrgäste (Namen und Anfangsbuchstaben der Vornamen)

Liste des voyageurs (Noms et initiales des prénoms)

1. ....	21. ....	41. ....
2. ....	22. ....	42. ....
3. ....	23. ....	43. ....
4. ....	24. ....	44. ....
5. ....	25. ....	45. ....
6. ....	26. ....	46. ....
7. ....	27. ....	47. ....
8. ....	28. ....	48. ....
9. ....	29. ....	49. ....
10. ....	30. ....	50. ....
11. ....	31. ....	51. ....
12. ....	32. ....	52. ....
13. ....	33. ....	53. ....
14. ....	34. ....	54. ....
15. ....	35. ....	55. ....
16. ....	36. ....	56. ....
17. ....	37. ....	57. ....
18. ....	38. ....	58. ....
19. ....	39. ....	59. ....
20. ....	40. ....	60. ....

7. ....

(Datum der Ausstellung  
des Fahrtenblattes)  
(Date de l'établissement  
de la feuille de route)

(Unterschrift  
des Verkehrsunternehmers)  
(Signature du transporteur)

8. Unvorhergesehene Änderungen/Modifications imprévues

Eventuelle Sichtvermerke/Visas éventuels de contrôle

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Satzung der Weltgesundheitsorganisation**

**Vom 6. Oktober 1993**

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (BGBl. 1974 II S. 43; 1975 II S. 1103; 1977 II S. 339; 1984 II S. 347) ist nach ihren Artikeln 4 und 79 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Makedonien*)	am	22. April 1993
Tuvalu	am	7. Mai 1993.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Mai 1993 (BGBl. II S. 864).

Bonn, den 6. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

\*) Bis zur Beilegung der wegen der Bezeichnung des Staates entstandenen Meinungsverschiedenheiten wird Makedonien für Zwecke der Vereinten Nationen vorläufig als „ehemalige jugoslawische Republik Makedonien“ bezeichnet.

**Bekanntmachung  
des deutsch-simbabwischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 7. Oktober 1993**

Das in Harare am 27. Juli 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Simbabwe über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 27. Juli 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 7. Oktober 1993

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Schweiger

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Republik Simbabwe  
über Finanzielle Zusammenarbeit  
(„Ländliches Wegebauprogramm – Phase IV“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Simbabwe,

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Simbabwe,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Simbabwe beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Protokolle der Regierungsverhandlungen vom 22. November 1991, Ziffer 6.4, und vom 27. November 1992, Ziffer 6.2,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Simbabwe, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt wurde, für das Vorhaben „Ländliches Wegebauprogramm, Phase IV“ ein Darlehn bis zu 35 000 000,- DM (in Worten: fünfunddreißig Millionen Deutsche Mark) und für die Begleitmaßnahme einen Finanzierungsbeitrag bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Simbabwe zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehensbeträge oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des Vorhabens „Ländlicher Wegebau, Phase IV“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung,

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Republik Simbabwe durch andere Vorhaben ersetzt werden.

**Artikel 2**

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehns und des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

**Artikel 3**

Die Regierung der Republik Simbabwe stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Simbabwe erhoben werden.

**Artikel 4**

Die Regierung der Republik Simbabwe überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags und des Darlehns ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

**Artikel 5**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags und des Darlehns ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

**Artikel 6**

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Harare am 27. Juli 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
W. Kilian

Für die Regierung der Republik Simbabwe  
E. N. Mushayakarara

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens über das auf die Form  
letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht**

**Vom 7. Oktober 1993**

I.

Kroatien hat dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande mit Note vom 5. April 1993 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien als durch das Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht (BGBl. 1965 II S. 1144) gebunden betrachtet. Dementsprechend ist Kroatien am 8. Oktober 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

II.

Slowenien hat dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande mit Schreiben vom 8. Juni 1992 notifiziert, daß es sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet. Dementsprechend ist Slowenien am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei des Übereinkommens geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. Dezember 1965 (BGBl. 1966 II S. 11) und vom 13. Oktober 1988 (BGBl. II S. 971).

Bonn, den 7. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens  
über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR**

**Vom 11. Oktober 1993**

Das Zollübereinkommen vom 14. November 1975 über den internationalen Warentransport mit Carnets-TIR (BGBl. 1979 II S. 445) ist nach seinem Artikel 53 Abs. 2 für

Belarus	am	5. Oktober 1993
in Kraft getreten; es wird in Kraft treten für		
Lettland	am	19. Oktober 1993

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Juni 1993 (BGBl. II S. 966).

Bonn, den 11. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation**

**Vom 11. Oktober 1993**

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (BGBl. 1986 II S. 423) ist nach seinem Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 71 für

Albanien	am	24. Mai 1993
Bosnien-Herzegowina	am	16. Juli 1993
Georgien	am	22. Juni 1993
Slowakei	am	24. März 1993
Tschechische Republik	am	18. Juni 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Juni 1993 (BGBl. II S. 967).

Bonn, den 11. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls zur Änderung des Artikels 56  
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 13. Oktober 1993**

Das Protokoll vom 7. Juli 1971 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1978 II S. 500) ist für

Estland	am	21. August 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. September 1992 (BGBl. II S. 1024).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlags-  
ges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Be-  
kanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetz-  
blatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-  
setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende  
Bekanntmachungen,  
b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-  
bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn  
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefan-  
gene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für  
Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind.  
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundes-  
gesetzblatt Köln 3 99-508, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,20 DM (3,10 DM zuzüglich 1,10 DM Versandkosten), bei  
Lieferung gegen Vorausrechnung 5,20 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz  
beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn  
Postvertriebsstück · Z 1996 A · Ertgelt bezahlt

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls zur 3. Änderung  
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 13. Oktober 1993**

Das Protokoll vom 15. September 1962 zur Änderung  
des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Interna-  
tionale Zivilluftfahrt – 3. Änderung des Abkommens über  
die Internationale Zivilluftfahrt – (BGBl. 1964 II S. 217) ist  
nach seinem drittletzten Absatz für

Estland	am	21. August 1992
Papua-Neuguinea	am	5. Oktober 1992
Tschechische Republik	am	15. April 1993
Turkmenistan	am	14. April 1993

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die  
Bekanntmachung vom 10. September 1990 (BGBl. II  
S. 1335).

Bonn, den 13. Oktober 1993

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Schürmann